

Reichspräsident und Reichskabinett an das deutsche Volk.

Der Reichspräsident und die Reichsregierung haben folgende Kundgebung erlassen:

„Zu der schweren Bedrückung und Entrechtung, der die besetzten Gebiete am Rhein und der Ruhr ausgeht, gesellt sich dort wie im nichtbesetzten Deutschland steigende Wirtschaftsnot.

Bis zum heutigen Tage verhindert Frankreich jede Lösung der Reparationsfrage, die Deutschland auch nur das Leben läßt. Durch den Einbruch ins Ruhrgebiet hat es die Wirtschaft und Finanzkraft Deutschlands aufs schwerste getroffen und erschüttert: so ist Deutschland zu einer ungeheuerlichen Vermehrung seiner Zahlungsmittel gegen seinen Willen gezwungen. Eine unerhörte Entwertung des Geldes ist die Wirkung.

Dazu kommen eben jetzt am Ende des Erntejahres natürliche Schwierigkeiten der Ernährungsversorgung,

die sich in diesem Jahre, da die Ernte um mehrere Wochen verspätet ist, verschärfen.

Alle diese Nöte führen zu schweren körperlichen, schweren seelischen Leiden der Bevölkerung. Zwar kann auch nach dem Zeugnis unbefangener Urteilender Politiker und Sachverständiger des Auslandes, auch in den Gläubigerstaaten, Deutschland zu einer wirklichen Gesundung der Verhältnisse nur durch eine vernünftige Regelung der Reparationsfrage kommen. Bis dahin aber muß und wird das deutsche Volk sich aus eigener Kraft aufrecht erhalten. Die deutsche Regierung wird fortfahren, alle irgend möglichen Maßnahmen zu treffen, die dieses Ziel zu erreichen helfen.

Zunächst gilt es die Finanzen des Reiches zu stärken, um der ungeheuerlichen Entwertung des Geldes Einhalt zu tun.

Bei der Einkommensteuer ist bereits durch entsprechende Vorauszahlung dafür gesorgt, daß nicht nur von den Lohnsteuerpflichtigen, sondern auch von den übrigen Einkommensteuerpflichtigen schon während des Veranlagungsjahres die Steuer entsprechend der Geldentwertung geleistet wird. Nach einem den gesetzlichen Bestimmungen zugehenden Gesetzentwurf sollen auch die Vermögenssteuer und die Erbschaftsteuer so gestaltet werden, daß sie der Geldentwertung folgen. Die Körperschaftsteuer ist vor kurzem verdoppelt worden. Bei den Verbrauchssteuern sollen zur Erzielung eines rascheren Eingangs die erst jüngst zum Reichstag verkündeten Fälligkeitstermine auf das geringstmögliche Maß gemindert werden.

Dem Reichsrat ist bereits ein Gesetzentwurf zugegangen, der als

Opfer für Rhein und Ruhr

auf breiterer Grundlage von allen Leistungsfähigen im unbesetzten Deutschland durch Vereinfachung der bereits der Geldentwertung angepaßten Einkommensteuer-Vorauszahlungen große Leistungen anfordert. Diese Maßnahmen werden dem Reiche rasch sehr erhebliche Geldmengen zuführen. Die Ausgabe einer wertbeständigen Anleihe soll breitesten Volksschichten die Möglichkeit bieten, das Sparbedürfnis zu befriedigen, sich gegen Entwertung zu sichern und so auch dem ungesunden Ansturm auf Warenvorräte und Devisen entgegenzuwirken. Die auf

als ob sie eine Aenderung der Polizeistunde bezwecke. Die Festsetzung der Polizeistunde auf 1 Uhr nachts entsprechend der Verordnung über die Polizeistunde vom 27. August 1921 bleibt unverändert. Die Polizeibehörden sind aber beauftragt, dort, wo ein dringender Bedürfnis bestehen sollte, das Ende der Polizeistunde, also den Wiederbeginn des Schankbetriebes, auf Grund des Notgesetzes vom 24. Februar 1923 selbstständig festzusetzen.

(Mütterberatung.) Die Mütterberatung in Oberlichtenau findet am Mittwoch, den 1. August, nachmittags 3 Uhr in der Schule statt. Arzt wird anwesend sein.

(Niederlichtenau. (Steinmarder.) Dem Wirtschaftsbefizier Köhler verschwanden seit einiger Zeit mehrere junge Hühner. Jetzt stöberte der Hofhund eine ganze Steinmarderfamilie auf. Drei junge Steinmarder konnten getötet werden, während die Alten entflohen.

(Kamenz. (Unentgeltliche Behandlung der Ruhrkinder.) Nach einer Mitteilung des Herrn Dr. med. Schulze, Vorsitzender des freien Ärztevereins zu Kamenz und Umgegend, haben sämtliche Ärzte des Bezirks die unentgeltliche Behandlung der Ruhrkinder übernommen. Dieses freundliche Entgegenkommen seitens der Herren Ärzte ist dankbar zu begrüßen. Größere Ausgaben und Selbstverleugung sind natürlich ausgeschlossen.

(Dresden. (Sächsische Industrie und Nahrungsfrage.) Der Verband Sächsischer Industrieller steht die Umstellung des deutschen Geldverkehrs auf eine rechnerische Goldwährung (Goldmark oder Festmark) als unausführbar und nunmehr auch notwendig an. Nachdem neuerdings der Übergang zu wertbeständiger Rechnung noch weitere Gebiete ergriffen hat, ist das Bedürfnis nach wertbeständigen Anlagemöglichkeiten unabwiesbar geworden. Deshalb bedauert der Verband Sächsischer Industrieller, daß die Einrichtung eines Goldkontenverkehrs und damit verbunden der Übergang zum Goldhandelswechsel am Widerstand der Reichsbank zunächst gescheitert sind. Der Verband Sächsischer Industrieller hat die Reichsregierung gebeten, trotzdem die notwendigen Maßnahmen einer positiven Währungspolitik durchzuführen, die allerdings auch den sofortigen weitgehenden Abbau der ohnehin gescheiterten Devisenregulierung und der sonstigen Reste der Zwangsökonomie ebenso wie den Übergang zu vernünftigen Steuerarten unbedingt erfordert.

(Umbenennung des sächsischen Kultusministeriums.) Das Gesamtministerium gibt eine Verordnung heraus, nach der die Bezeichnung Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts

dem Gebiet des Devisenverkehrs beschlossenen Maßnahmen werden dahin wirken, daß Devisen in stärkerem Umfange als bisher dem Reiche zufließen und so für unentbehrliche Einfuhr, insbesondere von Lebensmitteln, reichlicher zur Verfügung gestellt werden können. Einfuhr überflüssiger Luxuswaren wird nach Möglichkeit gehemmt werden.

Die Anpassung der Löhne und Gehälter an die Geldentwertung ist bereits gesichert und wird weiter festgehalten werden. Die Reichsbank hat Maßnahmen beschlossen, die grundsätzlich die Frage des Goldkredits der Lösung näherbringen.

Die hiermit kurz gekennzeichneten Maßnahmen werden, soweit sie der Mitwirkung der gesetzgebenden Körperschaften bedürfen, von diesen voraussichtlich im Laufe der nächsten zwei Wochen verabschiedet und sofort in Kraft gesetzt werden. Wenn auch nicht bei jeder dieser Maßnahmen die Wirkung sogleich deutlich fühlbar sein wird, als Gesamtergebnis wird, so weit es an der deutschen Regierung liegt, dadurch

eine Entspannung der Wirtschaftsfrage

eintreten. Das deutsche Volk wird mit diesen Maßnahmen sich selbst in seinem Kampfe um Leben, Recht und Freiheit Halt und Stütze geben und zugleich den Beweis erbringen, wie stark sein Wille ist, sich trotz aller auf ihm lastenden schweren Not in diesem Kampfe entschlossen zu behaupten. Angriffe gegen die staatliche Ordnung können die Lage nicht bessern, sondern nur den Weg zur Genesung erschweren. Das deutsche Volk will von solchen Störungen nichts wissen. Es will leben, arbeiten und seine staatliche Ordnung bewahren, die es sich selbst in der Zeit schwersten Unglücks aus eigenem Willen gegeben hat. Große und schwere Pflichten obliegen allen Ständen. Im Vordergrund steht die

Sicherung der Ernährung.

Für die Landwirtschaft und den Handel ist es darum staatsbürgerliche Pflicht, so schnell wie möglich und in weitestem Umfange die Ernteerträge dem Verbrauch zukommen zu lassen. Die Lohn- und Gehaltsbemessung von Arbeitern und Angestellten muß die Ernährung und Erhaltung der Familie ermöglichen. Auf allen Männern und Frauen des ganzen Volkes liegt die Pflicht, in klarer Besinnung die tägliche Arbeit fortzuführen und in allen Sorgen und Kümernissen der Gegenwart die Ruhe und Ordnung des Staates als die Grundlage künftigen Aufstieges unseres Volkes zu bewahren. Allen endlich, die im politischen Leben der Parteien, in der Presse oder sonst im öffentlichen Leben tätig sind, obliegt es, das Ihre zu tun, um unser Volk stark zu machen in der Erkenntnis der Ursachen und der Notwendigkeit unserer Lage wie im Entschlusse des Aushaltens. Dienst am Vaterland ist die beste Gewähr für das Wohl des einzelnen.

Für Deutschland haben unsere Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr Ungeheures auf sich genommen. Sie mögen uns Vorbild sein! Wir würden sie verraten, wenn wir vom geraden Wege der Pflicht abließen. Wie sie, müssen wir ihn gehen, für Leben, Frieden und Wohlfahrt unseres Volkes, für die Freiheit Deutschlands.

Der Reichspräsident. gez. Ebert.

Der Reichskanzler. gez. Cuno.

Die Reichsminister: von Rosenburg, Defer, Hermes, Becker, Brauns, Heintze, Gehler, Stingl, Broener, Luther, Albert.

mit Rücksicht auf den in der Bewertung des Aufgabensbereiches dieses Ministeriums eingetretenen Wandel in „Ministerium für Volksbildung“ umgeändert wird.

(Baugen. (Beurlaubt.) Herr Kreishauptmann von Rositz Wallwitz ist für die Zeit vom 3. bis zum 30. August d. J. beurlaubt. Er wird während dieser Zeit durch Herrn Geheimen Regierungsrat Dr. Pasche vertreten.

(Zittau. (Blutiges Drama.) Als am letzten Sonnabend früh ein Unbekannter, der die Grenze hatte überschreiten wollen, in der tschecho-slowakischen Grenzwahe an der Grottauer Straße von dem Finanzinspektor Ruz durchsucht werden sollte, zog der Fremde plötzlich einen Revolver und gab drei Schüsse aus unmittelbarer Nähe auf Ruz ab. Die Schüsse trafen Ruz in den Nacken und in den Hinterkopf, so daß der Beamte in kurzer Zeit seinen Geist aushauchte. Der mit im Zimmer befindliche Beamte stürzte sich sofort auf den Verbrecher, konnte jedoch nicht verhindern, daß dieser durch die Tür ins Freie gelangte und entkam. Bei der von der sächsischen wie tschecho-slowakischen Gendarmerie und einer Abteilung Zollbeamten sofort ausgenommenen Verfolgung wurde der Mörder in der Nähe des alten Bergwerks unter einem Strauche versteckt aufgefunden. Von da aus gab er eine Anzahl Schüsse auf seine Verfolger ab. Diese erwiderten das Feuer. Getroffen von einer Kugel brach dann der Mörder tot zusammen. Er heißt Seifert und stammt, wie festgestellt wurde, aus Königstein a. d. Elbe. — Der auf so schreckliche Weise dem Leben, seinem Wirkungskreise und seiner Familie entzogene Finanzinspektor Ruz wohnt schon viele Jahre in Grottau. Er erkrankte sich sowohl bei seinen Behörden und Kollegen, wie auch bei dem Publikum, auch dem Zittauer, infolge seines verbindlichen, freundlichen Wesens allgemeiner Achtung und Beliebtheit.

(Seiffenhensdorf. (Auszeichnung.) Die Theologische Fakultät der Universität Leipzig hat den Pfarrer Wetler auf Grund seiner wissenschaftlichen Arbeit über die Zusammenhänge vom jüdischen Talmud und Neuen Testamente zum Lizentiaten der Theologie promoviert.

(Zwickau. (Streit im sächsischen Bergbau.) Die hiesigen Bergarbeiter haben am Mittwoch die Arbeit niedergelegt. Die Bewegung wird von einer zentralen Streikleitung, die sich aus den Betriebsräten sämtlicher Zechen zusammensetzt, geleitet. In Zwickau kommen 18 000 Bergarbeiter in Frage. Auch im Lugau-Deilsnitzer Revier ist es zu einem Ausstand gekommen. Die Belegschaft des Vertrauensschachtes vom Gottesgegenkonzern Deilsniz i. B. legte am Mittwoch mittag die Arbeit nieder.



An unsere werten Leser!

Der Zeitungskampf der gesamten deutschen Presse ist an einem entscheidenden Wendepunkt angelangt. Es ist bekannt, daß die deutschen Zeitungen und mit ihnen das „Pulsnitzer Wochenblatt“ im Interesse ihrer Leserschaft und ihrer Inserenten und in Würdigung der bedeutungsvollen Aufgaben der Presse im Dienste des Volkes bisher nur zögernd und in völlig unzureichender Weise ihre Bezugs- und Inseratengebühren der unaufhörlichen Steigerung aller Gesehungs-kosten, der Materialpreise, der Löhne und Gehälter usw. angepaßt haben. Die im Verlaufe des vergangenen Monats sich überschießende Teuerung hat die gesamten Herstellungskosten der Zeitungen um ein vielfaches gesteigert. Das „Pulsnitzer Wochenblatt“ wird auch weiter versuchen, bis an die Grenze des Möglichen die Interessen seines Leserkreises zu berücksichtigen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die gesamte Leserschaft, die von der Bedeutung des von ihr gehaltenen Blattes und von der Notwendigkeit seines Fortbestandes durchdrungen ist und dafür bis auf den Tag zahlreiche Beweise erbracht hat, dieses Entgegenkommen durch weitere Treue und Anhänglichkeit würdigen und das relativ geringe Opfer der Preissteigerung gern tragen wird.

Das „Pulsnitzer Wochenblatt“ kostet für die Zeit vom 1. bis 15. August 1923:

für Selbstabholer 19 500 Mk.
ins Haus gebracht 20 000 Mk.

Der Verlag sieht sich fernerhin gezwungen, den Postbezugspreis seiner Zeitung im Einverständnis mit der Postverwaltung als „freibleibend“ zu bezeichnen. Infolge der Notwendigkeit, den bereits vor 4 Wochen bei der Post angemeldeten Preis zu erhöhen, werden wir den Unterhaltsbeitrag zwischen dem an die Post bezahlten und dem neuen Gesamtmonatspreis unmittelbar von unseren Beziehern einzuziehen.

Wir bitten unsere Leser, uns in dieser für das Zeitungsgewerbe besonders schweren Zeit auch weiterhin wie bisher vollzählig die Treue zu halten.

Hochachtung

Pulsnitzer Wochenblatt.

Auswärtige Zeitungspreise: Hamburger Fremdenblatt halbmönatlich M 90 000, Leipziger Neuesten Nachrichten halbmönatlich M 50 000, Dresdner Anzeiger halbmönatlich M 45 000, Dresdner Nachrichten halbmönatlich M 40 000, Zittauer Morgenzeitung halbmönatlich M 40 000, Großhirsdorfer Anzeiger halbmönatlich M 20 000, Westlausitzer Zeitung, Königsbrück, halbmönatlich M 20 000.



Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 30. Juli. (Die große Koalition als Nachfolgerin des Reichskabinetts?) In bezug auf die Kabinettsfrage ist noch alles in der Schwebe. Daß das Kabinett Cuno zurücktreten wird, daran wird nicht gezweifelt. Eine formelle Entscheidung ist aber natürlich noch nicht getroffen. Sie wird erst fallen, wenn sich ein neues Kabinett und zwar unter Einbeziehung der Sozialdemokraten zusammengefunden hat. Das Kabinett Cuno hat keine Erfolgschancen zu erzielen vermocht. Allein, man macht ihm dies kaum zum Vorwurf. Sein Rücktritt soll daher auch nicht als Niederlage betrachtet werden. An amtlichen Stellen vermutet man, wie immer in solchen schweren Fällen, eine Meinungsäußerung. Ob das Kabinett der großen Koalition bis zum Wiederauftritt des Reichstages in der nächsten Woche zusammengebracht sein wird, muß dahingestellt bleiben. Unwahrscheinlich ist es nicht, daß die darauf gerichteten Bestrebungen ja nicht erst von heute oder gestern sind.

Berlin, 30. Juli. (Sozialdemokratie und Kabinettswechsel.) Die heute vormittag begonnenen Besprechungen des sozialdemokratischen Parteivorstandes mit der Führung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wurden in den Nachmittagsstunden zunächst beschlußlos abgebrochen. Die Besprechungen befaßten sich im wesentlichen mit der parlamentarischen Lage. Betont wurde, daß das jetzige Kabinett nicht mindestens in seiner derzeitigen Zusammensetzung im Amte bleiben könne. Die Auffassung innerhalb des Parteivorstandes entbehrt aber der Einheitlichkeit. Während Persönlichkeiten der Partei, wie Hermann Müller, für eine Regierungskoalition mit der Deutschen Volkspartei eintreten, wenden sich andere Führer der Partei dagegen und bekräftigen mehr eine wohlwollende Neutralität gegenüber einer neuen rein bürgerlichen Regierung, falls diese die von der Partei aufgestellten Forderungen zu erfüllen versprechen würde. Diese Forderungen dürften vornehmlich wirtschaftlicher Art sein. Die Sozialdemokratie gibt sich mit den Berührungen, die im letzten Reichsregierungs-

Fragmentary text from the adjacent page, including words like 'Auf', 'vor', 'weiter', 'Ein', 'zung', 'Kell', 'um', 'Lar', 'Leat', 'Entf', 'pa', 'n', 'den', 'es', 'ben.', 'die', 'Re', 'geleu', 'entwi', 'geh', 'fich', 'Paris', 'Ein', 'Habr', 'Ran', 'erf', 'b', 'so', 'h', 'Unter', 'schlä', 'nähe', 'lands', 'unter', 'Noten', 'welen', 'voll', 'weiter', 'die', 'na', 'ange', 'Köf', 'Lagen', 'einmal', 'für', 'die', 'stim', 'es', 'sich', 'den', 'St', 'auff', 'Bahl', 'opfer', 'h', 'zahl', 'begon', 'als', 'Ru', 'wands', 'Auton', 'der', 'Kra', 'Welsa', 'von', 'mi', 'helt', 'de', 'spech', 'und', 'U', 'mögen', 'neu', 'no', 'herauf', '2 1/2%', 'Palae', 'neuen', 'fie', 'in', 'Hoffaur', 'Eine', '22)', 'beiden', 'ter', 'geleit', 'Margare', 'den', 'uner', 'der', 'Fam', 'stand', 'is', 'eine', 'Sch', 'Säufer', 's', 'vollstän', 'im', 'Wirts', 'dem', 'näm', 'es', 'aber', 'G', 'haltung', 'n', 'und', 'der', 'Freunde', 'nicht', 'g', 'dies', 'ein', 'bankbar', 'Entschl', 'zu', 'lassen', 'So', 'Male', 'seit', 'welches', 'F', 'ferierte', 'eine', 'gewi', 'trat', 'und', 'P', 'de', 'meine', 'ich', 'war', 'd', 'ein', 'ohne', 'wenn', 'Du', 'hingewe', 'Ab', 'weirte', 'Pb', 'sehe', 'E', 'dann', 'mit', 'die', 'Reib', 'D', 'aut', 'noch